

**Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss**

Sitzung am 23. September 2013

<b>Finanzzwischenbericht 2013 sowie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen (zugleich Finanzbericht zum 31.08.2013)</b>		
verantwortlich:  Geschäftsbereich Finanzen	Drucksache 2013-57-VSKA23.09	
	1 Anlage	
	04.09.2013	
<u>Beratung und teilw. Beschlussfassung:</u>	23.09.2013	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	21.10.2013	Kreistag

**Beschlussvorschlag:**

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt:

1. Vom Finanzzwischenbericht wird Kenntnis genommen.
2. Der unter Abschnitt V a) bis c) aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

**Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:**

3. Den unter Abschnitt V d) – f) aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

**Einführung:**

**Der Finanzzwischenbericht informiert über das wesentliche Ergebnis des abgelaufenen Haushaltsjahres 2012, die Genehmigung des Haushalts 2013 sowie die Regeln zum Haushaltsausgleich. Weiterhin ist der Finanzbericht zum 31.08.2013 enthalten.**

**Es werden die derzeit bekannten voraussichtlichen wesentlichen Abweichungen des Jahresabschlusses 2013 zur Haushaltplanung 2013 und die sich daraus ergebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen dargestellt. Diese sind vom Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss bzw. vom Kreistag zu beschließen.**

## I. Rückblick auf das Haushaltsjahr 2012

Nach dem Krisenjahr 2011 hatte sich die Ausgangslage für das Haushaltsjahr 2012 etwas entspannt. Trotzdem hatten die Rems-Murr-Kommunen insgesamt einen Rückgang der Steuerkraftsumme von 1,7 Mio. Euro oder 0,4 % zu verkraften, während landesweit die Steuerkraftsummen der Kommunen wieder anstiegen. Um trotz dieser Entwicklung bei der Steuerkraftsumme eine Senkung des Hebesatz der Kreisumlage um 1,0 %-Punkte gegenüber dem Vorjahr zu ermöglichen, wurde für 2012 der Haushaltsausgleich nach **altem Recht** angestrebt, mit der Folge, dass im ordentlichen Ergebnis ein Jahresfehlbetrag von 4,4 Mio. EUR eingeplant wurde.

Die finanzielle Entwicklung 2012 hat sich jedoch wesentlich positiver entwickelt als ursprünglich geplant. Der Ergebnishaushalt weist im ordentlichen Ergebnis einen Jahresüberschuss mit 4,4 Mio. EUR auf. Ausschlaggebend für diese Verbesserung war überwiegend die erfreuliche Entwicklung auf der Ertragsseite.

Es kam zu Mehrerträgen insbesondere bei den **Schlüsselzuweisungen mit 1,8 Mio. EUR** und bei den **Sachkostenbeiträgen mit 1,0 EUR**. Des Weiteren verringerte sich **der Nettoaufwand für den ÖPNV (einschl. Schülerbeförderung und Wieslauftalbahn) um 0,5 Mio. EUR** gegenüber dem Planansatz. Bei den **Aufwendungen für die Sozial- und Jugendhilfeleistungen** ergab sich gegenüber den Planungen (133,2 Mio. EUR) mit 135,2 Mio. EUR ein **Mehrbedarf von 2,0 Mio. EUR**.

In der **Finanzrechnung** fiel der Saldo aus Investitionstätigkeit mit 14,4 Mio. EUR **wie geplant** aus.

Die Mehrerträge wurden zur Finanzierung von Investitionen verwendet und reduzieren somit die Neuverschuldung 2012. **Der Ist-Schuldenstand reduziert sich** einschließlich der inneren Darlehen **auf Ende des Jahres 2012 um 1,2 Mio. EUR auf 63,6 Mio. EUR**. Unter Berücksichtigung der in den Folgejahren noch benötigten Kreditermächtigung von 0,4 Mio. EUR beträgt der **Sollschuldenstand (altes Recht) 64,0 Mio. EUR**.

In den folgenden Monaten erfolgt die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 durch den Geschäftsbereich Kreisprüfung. Die Beratung und Feststellung ist für den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 09.12.2013 und für den Kreistag am 16.12.2013 vorgesehen.

## II. Genehmigung Haushaltsplan 2013

Die Haushaltssatzung 2013 wurde vom Kreistag am 17.12.2012 verabschiedet und vom Regierungspräsidium Stuttgart am 15.01.2013 genehmigt. Der Haushaltsplan wurde festgesetzt:

Im Gesamtergebnishaushalt mit	<b>396.875.000 €</b>
Im Gesamtfinanzhaushalt mit	<b>381.486.100 €</b>

### **III. Neues Haushaltsrecht - Haushaltsausgleich**

Um den Kommunen, die als erste – **vor dem Haushaltsjahr 2020** – das neue Rechnungswesen einführen, den Übergang auf das neue Haushaltsrecht zu erleichtern, wurden insbesondere hinsichtlich des Haushaltsausgleichs **Übergangsregelungen** eingeräumt.

Nach Artikel 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts können die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen (Abschreibungen und Rückstellungen) soweit sie nicht erwirtschaftet werden können, beim Haushaltsausgleich außer Betracht bleiben. Allerdings müssen auch während der Übergangsfrist mindestens die Anforderungen an den Haushaltsausgleich nach dem bisherigen (kameralen) Recht erfüllt werden; dies bedeutet die Erwirtschaftung eines Zahlungsmittelüberschusses mindestens in Höhe der planmäßigen Kredittilgungen.

Um nach dem **neuen Haushaltsrecht** einen ausgeglichenen Haushalt 2013 vorzulegen, wären zusätzliche Erträge (z.B. Kreisumlage) in Höhe von **2,5 Mio. €** erforderlich gewesen. Deshalb wurde für 2013 der Haushaltsausgleich nach **altem Recht** angestrebt, mit der Folge, dass sich die Netto-Investitionsrate auf 3,6 Mio. € beläuft.

**Dies bedeutet, dass der Großteil der Investitionen im Jahr 2013 eigentlich über Kredite finanziert werden müsste. Die Reduzierung der Kreditaufnahme bis zu einer Netto-Neuverschuldung von -35.400 € gelang nur durch die Verwendung des verbesserten Rechnungsergebnisses 2011 in Höhe von 4.125.000 € zur Finanzierung der Investitionen. Da Verbesserungen des ordentlichen Ergebnisses wie im Haushaltsjahr 2011 eine Ausnahme sind, handelt es sich jedoch bei der Rücklagenentnahme in dieser Größenordnung nur um die Ausnutzung eines Einmaleffekts.**

#### IV. Quartalsbericht vom 31.08.2012

Die Darstellung des Quartalsberichts erfolgt in veränderter Form. Hierbei wurde der Umfang der Darstellung des Quartalsberichts reduziert indem nur noch die diejenigen Positionen explizit dargestellt werden, die von wesentlicher Bedeutung für den Haushalt sind. Darüber hinaus wurde erstmals auf Basis des Buchungsstands eine Prognose erstellt.

Bezeichnung	Stand 30.06. TEUR	Stand 31.08. TEUR	Prognose TEUR	Planansatz TEUR	Abweichung TEUR
<b>Ergebnishaushalt</b>					
<b>Erträge</b>					
+ Schlüsselzuweisungen vom Land	24.445	24.445	48.936	48.936	+0
+ Grunderwerbssteuer	8.222	11.338	18.000	17.100	+900
+ Kreisumlage	82.019	82.019	164.049	164.042	+7
+ Sachkostenbeiträge	4.487	6.731	8.974	8.726	+248
+ Sonstige Erträge ohne - Schülerbeförderung/ÖPNV/Zweckverband Wieslaufalbahn - Sozialhilfe und Grundsicherung (Leistungsbereich) - Jugendhilfe (Leistungsbereich)	56.101	61.199	88.406	86.588	+1.818 <sup>1)</sup>
<b>= Zwischensumme</b>	<b>175.274</b>	<b>185.732</b>	<b>328.365</b>	<b>325.392</b>	<b>+2.973</b>
+ aufgelöste Investitionszuweisungen u. Beiträge	0	0	4.320	4.320	+0
+ Ausgleich für Nettodarstellung <sup>4)</sup>	35.357	46.329	67.553	64.653	+2.900 <sup>2)</sup>
<b>= Gesamtsumme Erträge</b>	<b>210.631</b>	<b>232.061</b>	<b>400.238</b>	<b>394.365</b>	<b>+5.873</b>
<b>Aufwendungen</b>					
- Personalaufwendungen (ohne Rückstellung Altersteilzeit)	29.024	40.188	58.295	59.095	-800
- Nettoaufwand Schülerbeförderung/ÖPNV/ Zweckverband Wieslaufalbahn	18.017	19.022	21.591	21.591	+0
- Nettoaufwand Sozialhilfe und Grundsicherung (Leistungsbereich)	50.545	67.906	106.342	107.242	-900
- Nettoaufwand Jugendhilfe (Leistungsbereich)	12.711	17.474	27.487	27.487	+0
- Zuweisung an Rems-Murr-Kliniken	0	0	17.890	13.817	+4.073 <sup>3)</sup>
- Sonstige Aufwendungen ohne - Schülerbeförderung/ÖPNV/Zweckverband Wieslaufalbahn - Sozialhilfe und Grundsicherung (Leistungsbereich) - Jugendhilfe (Leistungsbereich)	55.382	59.096	83.976	84.656	-680
<b>= Zwischensumme</b>	<b>165.679</b>	<b>203.686</b>	<b>315.581</b>	<b>313.888</b>	<b>+1.693</b>
- Abschreibungen	75	108	18.335	18.335	+0
- Ausgleich für Nettodarstellung <sup>4)</sup>	35.357	46.329	67.553	64.653	+2.900 <sup>2)</sup>
<b>= Gesamtsumme Aufwendungen</b>	<b>201.111</b>	<b>250.123</b>	<b>401.469</b>	<b>396.876</b>	<b>+4.593</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>9.520</b>	<b>-18.062</b>	<b>-1.231</b>	<b>-2.511</b>	<b>+1.280</b>

<sup>1)</sup> Hierin enthalten:

- Erstattungen Zensus: + 96 TEUR
- Rückabwicklung Aufzinsung Verbindlichkeit Kliniken + 824 TEUR
- Gebühren Geschäftsbereich Verkehr + 98 TEUR
- Gebühren Geschäftsbereich Baurecht + 200 TEUR
- Erträge aus der Unterbringung von Flüchtlingen (Verwaltungsbereich) + 600 TEUR

<sup>2)</sup> Die Höhe des Betrages ergibt sich rechnerisch aus der Aufteilung der Verbesserungen der netto dargestellten Bereiche (siehe Fußnote <sup>4)</sup>)

<sup>3)</sup> Hierin enthalten:

- Ausgleich des laufenden Fehlbetrags der Rems-Murr-Kliniken gGmbH + 2.850 TEUR
- Ausgleich Fehlbetrag 2008 der Rems-Murr-Kliniken gGmbH + 1.223 TEUR

<sup>4)</sup> Die Summe der Erträge und Aufwendungen entsprechen nicht der Summe der darüber aufgeführten Einzelpositionen, da die Bereiche Schülerbeförderung/ÖPNV/Zweckverband Wieslaufalbahn, Sozialhilfe und Grundsicherung (Leistungsbereich) und Jugendhilfe (Leistungsbereich) netto dargestellt sind.

<b>Finanzhaushalt</b>					
+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	326	1.216	2.843	2.613	+230
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.562	8.035	17.682	17.197	+485
<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-5.236</b>	<b>-6.819</b>	<b>-14.839</b>	<b>-14.584</b>	<b>-255</b>
+ Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	5.764	5.764	+0
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	18	55	5.799	5.799	+0
<b>= Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-18</b>	<b>-55</b>	<b>-35</b>	<b>-35</b>	<b>+0</b>

## V. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2013

Die Budgetregeln sind in der Anlage 8 zum Haushalt 2013 (Seite 653 – 656) dargelegt. Folgende über- bzw. außerplanmäßige Aufwands- und Auszahlungsgenehmigungen sind erforderlich:

	Teilhaushalt	Haushalt/ Produkt	Bezeichnung	Betrag €	zuständig
a)	4	EHH / FHH 11.24.00	<u>Querschnitt GB Finanzen</u> Beleuchtungssanierung	+ 60.000	Verwaltungs-, Schul- und Kul- turausschuss
b)*	5	FHH 54.20.01	<u>Forst, Straßen und Abfall- wirtschaft</u> K 1887 Sanierung Leinbrücke	+100.000	Verwaltungs-, Schul- und Kul- turausschuss
c)*	5	FHH 54.20.01	<u>Forst, Straßen und Abfall- wirtschaft</u> Verkehrszeichen und Schildermaterial	+100.000	Verwaltungs-, Schul- und Kul- turausschuss
d)	4	EHH / FHH 41.10.01	<u>Querschnitt GB Finanzen</u> Zuschüsse an verbundene Unternehmen	+4.073.000	Kreistag
e)*	4	FHH 41.10.01	<u>Querschnitt GB Finanzen</u> Weiterleitung Verkaufserlöse	+545.000	Kreistag
f)*	8	FHH 54.70.01	<u>Verkehr</u> Zuweisungen an das Land	+313.000	Kreistag

FHH = Finanzhaushalt

EHH = Ergebnishaushalt

\* Bei b) und c) sowie e) und f) stehen Mehreinzahlungen zur Abdeckung der Mehrauszahlungen zur Verfügung.

Zur Begründung wird auf die Anlage 1 verwiesen.

## VI. Übersicht der Veränderungen 2013 mit zusammenfassender Bewertung

### Ergebnishaushalt

THH	Produkt / Bezeichnung	Mehraufwendungen/ Mindererträge	Minderaufwendungen/ Mehrerträge
1	Produkt 12.10 Statistik und Wahlen - Erstattungen vom Land		96.000 €
3	Produkte 21.20 und 21.30 Sachkostenbeiträge		248.000 €
4	Produkt 11.24 Verwaltungsgebäude - Beleuchtungssanierung	60.000 €	
	Produkt 11.24 Verwaltungsgebäude - Sachverständigen- und Gerichtskosten	130.000 €	
	Produkt 41.10 Krankenhäuser - Zuschüsse an verbundene Unternehmen	4.073.000 €	824.000 €
6	Geschäftsbereich Verkehr Gebühren		98.000 €
7	Produkt 52 10 Bauordnung - Gebühren		200.000 €
8	Gesamtsumme Soziales		2.000.000 €
9	Produkt 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen - Grunderwerbsteuer -FAG-		900.000 €
	Produkt 61.20 sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - Zinsaufwendungen		370.000 €
1-8	Personal		800.000 €
	<b>Summe</b>	<b>4.263.000 €</b>	<b>5.536.000 €</b>
	<b>Verbesserung ordentliches Ergebnis</b>	<b>1.273.000 €</b>	

### **Zusammenfassende Bewertung**

#### Ergebnishaushalt

Derzeit wird von einem verbesserten Ergebnis i.H.v. rd. 1,3 Mio. € ausgegangen. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Mehrerträgen und Minderaufwendungen insbesondere im Bereich Soziales, der Grunderwerbssteuer sowie den Personalaufwendungen und den Mehraufwendungen bei der Zuweisung für laufende Zwecke der Kliniken.

Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit)

THH	Produkt / Bezeichnung	Mehrauszahlungen/ Mindereinzahlungen	Minderauszahlungen/ Mehreinzahlungen
2	Produkt 11.25 Fuhrpark Erwerb beweglicher Sachen Klimaschutz-Plus KP 01		60.000 €
4	Produkt 11.24 Verwaltungsgebäude - Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden		170.000 €
	Produkt 11.24 Verwaltungsgebäude - Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen		375.000 €
	Produkt 41.10 Krankenhäuser - Weiterleitung Verkaufserlöse	545.000 €	
	<b>Summe</b>	<b>545.000 €</b>	<b>605.000 €</b>
	<b>Verbesserung aus Investitionstätigkeit</b>		<b>60.000 €</b>

**Zusammenfassende Bewertung**Finanzhaushalt

Derzeit wird von einer Verbesserung bei der Investitionstätigkeit i.H.v. 0,06 Mio. € ausgegangen.

Die Erläuterungen zu den Veränderungen können der Anlage 1 entnommen werden.

Erläuterungen zur Haushaltsrechnung Stand 31.08.2013

Nachfolgend werden die wesentlichen Veränderungen dargestellt, die sich bis jetzt im Haushalt 2013 abzeichnen.

**Teilhaushalt      Bezeichnung****1                      Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabsstellen u.ä.****a) Ergebnishaushalt**

Für den Zensus 2011 war die örtliche Erhebungsstelle bis 30.06.2012 beim Rems-Murr-Kreis angesiedelt. Im Jahr 2013 erhält der Rems-Murr-Kreis noch eine Schlusszahlung, wodurch sich **Mehrerträge** in Höhe von **96.000 €** ergeben.

**2                      Querschnitt Dezernat 1****b) Finanzhaushalt**

Im Rahmen der Konkretisierung der Maßnahmen des Programms „Klimaschutz-plus 2013 - 2015“ wurden **60.000 €** von der Maßnahme „KP 01 Klimafreundlicher Fuhrpark“ zur Maßnahme „KP 11 LED Beleuchtungslösungen in Verwaltungsgebäuden und Liegenschaften“ und damit **vom Finanz- in den Ergebnishaushalt verschoben** (Beschluss des UVA vom 15.04.2013).

**3                      Schulen, Bildung und Kultur****a) Ergebnishaushalt**

Die Sachkostenbeiträge für Schüler von Schulen für Körperbehinderte wurden leicht erhöht. Zudem haben sich die Schülerzahlen nach der Haushaltsplanaufstellung noch leicht verändert. Dadurch ergeben sich **Mehrerträge** in Höhe von **248.000 €**.

**4                      Querschnitt GB Finanzen****a) Ergebnishaushalt**Beleuchtungssanierung

Im Rahmen der Konkretisierung der Maßnahmen des Programms „Klimaschutz-plus 2013 - 2015“ wurden **60.000 €** von der Maßnahme „KP 01 Klimafreundlicher Fuhrpark“ zur Maßnahme „KP 11 LED Beleuchtungslösungen in Verwaltungsgebäuden und Liegenschaften“ und damit **vom Finanz- in den Ergebnishaushalt verschoben** (Beschluss des UVA vom 15.04.2013).

Nachnutzung Klinikareale Backnang und Waiblingen

Aufgrund der Kostensteigerungen bei den Ingenieurleistungen zur Vorbereitung der Baufeldfreimachung bzw. des Rückbaus der Gebäude auf den Klinikarealen entstehen **Mehraufwendungen** in Höhe von **130.000 €**. Den Beschluss zur Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen hat der VSKA bereits in seiner Sitzung am 08.04.2013 gefasst.



Rems-Murr-Kliniken gGmbH

2013 wurden 11.947.000 € als Zuweisung zum Ausgleich des laufenden Jahresfehlbetrags eingeplant. Nach den bisherigen Hochrechnung ist durch Sondereffekte von einer Ergebnisverschlechterung, und damit **Mehraufwendungen** für den Landkreis, in Höhe von **2.850.000 €** auszugehen. Der Mehrbedarf ist überwiegend durch Personalmehraufwendungen verursacht, die auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.09.2012 zurückzuführen sind, wonach Umkleizeiten und durch das Umkleiden veranlasste innerbetriebliche Wegezeiten als Arbeitszeit zu vergüten sind.

Im Rahmen des letztjährigen Finanzzwischenberichts war bereits geplant, den **aus dem Jahr 2008 stammenden Fehlbetrag in Höhe von 1.223.000 € auszugleichen**. Durch die Entwicklung des Betriebsergebnisses 2012 der Rems-Murr-Kliniken war ein Ausgleich nicht möglich. Dies soll im Jahr 2013 nachgeholt werden und zu einer Verbesserung der Liquidität der Rems-Murr-Kliniken beitragen.

Anpassung Verbindlichkeit

Mit Kreistagsbeschluss vom 14.07.2008 wurde zur Stärkung des Eigenkapitals der Rems-Murr-Kliniken eine Forderung der Rems-Murr-Kliniken gegenüber dem Rems-Murr-Kreis in die Eröffnungsbilanz der Kliniken aufgenommen. Entsprechend der Spiegelbildmethode wurde die Verbindlichkeit gegenüber den Rems-Murr-Kliniken in der Buchhaltung des Landkreises in Höhe des Wertes bilanziert, den die Rems-Murr-Kliniken als Forderung in ihrer Bilanz ausweisen. Aufgrund der Feststellung der GPA ist diese Forderung jedoch aufgrund ihrer langen Laufzeit mit dem Barwert zu bilanzieren, während die Verbindlichkeit beim Rems-Murr-Kreis mit dem Zeitwert bilanziert werden muss. Deswegen ist eine Anpassung der Höhe der Verbindlichkeit notwendig. Hieraus entstehen durch die Rückabwicklung der Aufzinsung **Mehrerträge** in Höhe von **824.000 €**

**b) Finanzhaushalt**Grundstückserlöse/Rückbau Kliniken/Weiterleitung Verkaufserlöse an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Nach Abschluss der Interimsunterbringung der Fröbelschule wird die ehemalige Krankenpflegeschule in Backnang an die RMG veräußert (Kreistagsbeschluss vom 13.12.2010). Hierdurch entstehen **Mehreinzahlungen** im Vergleich zum Planansatz in Höhe von **170.000 €** Gleichzeitig verschiebt sich der Rückbau der Kliniken in die Folgejahre, sodass **Wenigerauszahlungen** in Höhe von **375.000 €** entstehen. Diese werden zur Abdeckung der **Mehrauszahlungen** in Höhe von **545.000 €** für die Weiterleitung der Verkaufserlöse von der Krankenpflegeschule an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH verwendet.

5

**Forst, Straßen und Abfallwirtschaft****Straßen****b) Finanzhaushalt**K 1821 OD Jux

Die Vergabe der Baumaßnahme erfolgte mit einer Gesamtsumme von 634.000 €. Der Baubeginn war im April 2013. Die Baumaßnahme verläuft planmäßig und wird voraussichtlich im Oktober 2013 abgeschlossen sein. Die Kostenbeteiligung der Gemeinde Spiegelberg liegt bei ca. 66.000 €.

K 1866 B 29 AS Endersbach

Der Bund baute die Anschlussstelle Endersbach an der B 29 um. In diesem Zusammenhang beteiligte sich der Kreis gemäß Straßenkreuzungs-Richtlinien mit

ca. 70.000 €. Die Baumaßnahmen sind schon seit längerem abgeschlossen. Ein Antrag auf Kostenerstattung seitens des Bundes ist noch nicht eingegangen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Abrechnung noch in diesem Jahr erfolgt.

#### K 1881 Beseitigung Bahnübergang zwischen Schorndorf und Urbach

Der Kreistag hat die Maßnahme am 14. Juli 2008 beschlossen. Die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung wurde von der DB Netz AG und dem Rems-Murr-Kreis bereits unterzeichnet. Das Kostendrittel für den Kreis beträgt 2.077.333 €. Darauf erhält der Kreis einen Zuschuss nach dem Entflechtungsgesetz (GVFG). Dieser Zuschuss wurde inzwischen bewilligt. Ein Planfeststellungsbeschluss vom 09.10.2008 liegt vor. Die Vergabe der Baumaßnahmen mit einer Gesamtsumme von 3.900.000 Euro erfolgte in der UVA-Sitzung am 4. Juli 2011 (reine Baukosten Brücke/Straße). Bisher sind Auszahlungen für Planungen und Grunderwerb in Höhe von rund 200.000 Euro sowie für die Baukosten für Brücke und Straßenbau in Höhe von rund 2.575.000 Euro angefallen. Die Einzahlungen durch die anderen Kostenträger werden in diesem Jahr vermutlich höher ausfallen als ursprünglich im Haushaltsplan veranschlagt wurde. Die Höhe dieser Mehreinzahlungen hängt vom Baufortschritt ab. Diese Mehreinzahlungen ergeben sich, weil der Kreis in Vorleistung für die Baukosten gegangen ist, jedoch von den übrigen Kostenträgern noch keine bzw. nicht den Baukosten entsprechende Kostenerstattungen eingegangen sind. Diese Mehreinzahlungen werden auch zur Deckung der Baukosten für das Haushaltsjahr 2014 bzw. für andere Straßenbaumaßnahmen benötigt.

#### K 1881 Sanierung Remsbrücke in Urbach

Die Sanierungsarbeiten der Remsbrücke in Urbach im Zuge der K 1881 dauern derzeit an. Hierfür wurden im Haushalt 2013 520.000 € eingeplant. Die Vergabe erfolgte für 400.000 €. Von diesen Wenigerauszahlungen werden 100.000 € für die Abdeckung der Mehrauszahlungen bei der Sanierung der Leinbrücke in Welzheim (K1887) benötigt.

#### K 1887, Sanierung Leinbrücke und Fahrbahndeckenerneuerung in Welzheim:

Die Sanierung der Leinbrücke in Welzheim (K1887) wurde im November 2012 im UVA vorgestellt, mit 350.000 € zur Ausschreibung freigegeben und sollte im September/Oktober 2013 saniert werden. Mit der Sanierung der Brücke sollte gleichzeitig ein inner- und außerörtlicher Straßenabschnitt der K1887 saniert werden. Im HH 2013 sind dafür insgesamt 350.000 € eingeplant.

Die Ausschreibung ergab für die Sanierung der Brücke und den innerörtlichen Straßenabschnitt Gesamtkosten von rund 450.000 € und somit Mehrkosten von rund 100.000 €. Die Mehrkosten ergeben sich zum einen aus gestiegenen Baukosten und zum anderen aus zusätzlichen Leistungen (Mehrflächen, Kanalarbeiten, zusätzliches Los).

Vorbehaltlich der Zustimmung des UVAs zur Vergabe, sollen diese Mehrauszahlungen durch die Minderauszahlungen bei der Maßnahme K 1881 Sanierung Remsbrücke in Urbach abgedeckt werden.

#### K 1897 Anschluss Backnang Mitte

Die Verwaltung des Rems-Murr-Kreises hat für den Anteil des Kreises einen Zuschuss nach dem Entflechtungsgesetz beantragt. Der Bewilligungsbescheid wurde vor Kurzem erteilt. Der Eigenanteil des Kreises beträgt dann ca. 800.000 €. Im Kreisstraßenhaushalt 2013 sind für diese Maßnahme 100.000 € eingestellt. Der verbliebene Finanzierungsbedarf wird über die Haushalte der Folgejahre abgedeckt. Durch die Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung der Maßnahme und den

damit verbundenen Fristen läuft diese Ausschreibung derzeit noch. Hierdurch ist mit einem Baubeginn frühestens Ende diesen Jahres bzw. Anfang 2014 zu rechnen. Sofern die Mittel dieses Jahr nicht in Anspruch genommen werden, sollen diese zur weiteren Finanzierung der Maßnahme ins Jahr 2014 übertragen werden.

#### K 1908 OD Aichholz - Bruch

Bei den **Mehreinzahlungen** in Höhe von rund **100.000 €** bei der Maßnahme K 1908 OD Aichholz - Bruch handelt es sich um die Schlussabrechnung einer älteren Baumaßnahme mit der Gemeinde Weissach i.T., bei der der Rems-Murr-Kreis in Vorleistung gegangen ist. **Diese Mehreinzahlungen sollen für das Beschilderungskonzept im Rahmen Ortsumfahrung Winnenden verwendet werden.**

#### Radwegprogramm

Für den Radweg K 1910 Schornbach - Birkenweißbuch wurden im Haushalt 2013 266.000 Euro eingeplant. Eine Ausschreibung ist noch nicht erfolgt. Der Baubeginn soll voraussichtlich noch im Oktober 2013 erfolgen.

#### Verkehrszeichen und Schildermaterial

##### Beschilderung Winnenden:

Im Zuge der B 14 Umfahrung Winnenden war die Wegweisung für das Gebiet Winnenden zu überarbeiten. Die Stadt Winnenden nutzte diese Chance zur Umgestaltung der Beschilderung im gesamten Stadtbereich. Außerdem wurde im Zuge des Neubaus des Klinikum Winnenden eine entsprechende Wegweisung nötig.

Als Veranlasser für die Überarbeitung dieser geänderten Wegweisungsbeschilderung kommen somit mehrere Beteiligte in Frage. Unter diesen sind die Kosten aufzuteilen. Eine detaillierte Kostenaufteilung ist derzeit in Arbeit.

Die Umsetzung soll in mehrere Teilprojekte unterteilt werden. Das erste Teilprojekt wird sofort umgesetzt. Hieraus entstehen im Jahr 2013 **Mehrauszahlungen in Höhe von maximal 100.000 €**, die über die Mehreinzahlungen bei der Maßnahme K 1908 OD Aichholz – Bruch abgedeckt werden sollen.

Die restliche Beschilderung wird voraussichtlich erst Anfang 2014 umgesetzt.

#### Beläge

Für Belagsarbeiten werden neben dem Haushaltsansatz im Ergebnishaushalt von 400.000 € nochmals 800.000 € im Finanzhaushalt für tieferegehende Straßensanierungen eingeplant. Davon wurden bisher rund 1.100.000 € verfügt bzw. verplant. Es wird davon ausgegangen, dass auch die übrigen 100.000 € noch im Jahr 2013 benötigt werden.

Nachfolgend sind die bereits erfolgten Vergaben für Belagsarbeiten dargestellt:

K 1872	Erlenhof – Kottweil	110.000 €
K 1869	Steinach - Reichenbach	56.000 €
K 1910	Schmidlen - Waiblingen	119.000 €
K 1865	L 1150 bis Kreisgrenze Esslingen	190.000 €
K 1887	OD Welzheim K 1887	200.000 €
K 1821	OD Jux bis L 1117	95.000 €
	<b>Gesamt</b>	<b>770.000 €</b>

## Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz

### a) Ergebnishaushalt

#### **Geschäftsbereich Verkehr**

Hier scheinen **Mehrerträge** bei den Gebühren in Höhe von ca. **98.000 €** möglich. Dies ergibt sich aus Mehrerträgen bei den Führerschein- und Überwachungsgebühren.

### b) Finanzhaushalt

Bei den Zuweisungen an das Land für den behindertengerechten Ausbau der S-Bahnstationen wird mit **Mehrauszahlungen** in Höhe von **313.000 €** gerechnet.

Hintergrund ist, dass beim Vertragsschluss im Jahr 1994 für die Nachrüstmaßnahmen an den 13 S-Bahnstationen im Rems-Murr-Kreis Gesamtkosten von 8,257 Mio. € zugrunde gelegt wurden. Nach heutigem Stand werden die Investitionen bei 13,541 Mio. € liegen. Hintergrund für diese Steigerungen ist, dass bei sieben von 13 Maßnahmen zwischen Vertragsabschluss und der Fertigstellung rund 16 Jahre vergangen sind, wodurch in diesem Zeitraum Preissteigerungen von rund 20 % entstanden sind. Des Weiteren waren zusätzliche Baumaßnahmen (z.B. Versetzung von Treppen) aufgrund der konkreten Planungen notwendig bzw. es sind Kostensteigerungen durch den felsigen Baugrund entstanden. Das Land hat dieser Kostenerhöhung bereits zugestimmt.

Der vom Rems-Murr-Kreis noch zu erbringende Finanzierungsanteil für die Stationen Geradstetten, Grunbach, Stetten-Beinstein und Maubach beträgt nach aktuellen Kostenschätzungen rund 470.000 €. In den Kreishaushalt 2013 wurden für diese Maßnahmen 200.000 € eingestellt. Der Mehrbedarf von 270.000 € wird wie folgt abgedeckt:

Aufgrund erhöhter Baukosten durch die Umsetzung von speziellen Anforderungen der Gemeinde Remshalden hat diese sich mit 90.000 € am Ausbau des Bahnhofs Grunbach beteiligt.

Zudem bestehen noch übertragene Haushaltsermächtigungen (kameral: Haushaltsreste) in Höhe 222.793 € aus dem Ausbau des Grundnetzes der S-Bahn, die umgewidmet werden sollen. Dieser Ausbau wurde mit der Verlängerung des S-Bahn-Netzes bis zum Flughafen Echterdingen 1993 abgeschlossen. Die Inbetriebnahme der S-Bahn im Rems-Murr-Kreis von Stuttgart nach Backnang und Schorndorf erfolgte bereits 1981. Auch wenn bis heute keine offizielle Endabrechnung vorliegt, kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzierung abgeschlossen ist. Mit finanziellen Forderungen seitens der Bahn ist aller Voraussicht nach nicht mehr zu rechnen, so dass diese Mittel für den behindertengerechten Ausbau verwendet werden können.

Durch die Umwidmung der kompletten Mittel aus dem Ausbau des Grundnetzes entsteht auf Basis der aktuellen Kostenschätzung des Landes eine Reserve von 43.000 €. Diese wird für notwendig erachtet, da sich bereits bei den in der Vergangenheit umgesetzten Maßnahmen gezeigt hat, dass bei der konkreten Umsetzung Mehrkosten entstehen können.

7

**Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht****a) Ergebnishaushalt****Geschäftsbereich Baurecht**

Sofern sich die konjunkturelle Situation nicht ändert, werden bei den Gebühren im Bereich Baurecht **Mehrerträge** in Höhe von **200.000 €** erreicht.

8

**Soziales, Jugend und Gesundheit****a) Ergebnishaushalt****Geschäftsbereich Soziales****1. Produkt 31 10 01 Hilfe zur Pflege**

Für die Hilfe zur Pflege im stationären sowie im ambulanten Bereich wurden für das laufende Haushaltsjahr 14.377.000 EUR für Aufwendungen eingeplant. Da sich die Fallzahlen etwas höher als erwartet entwickelt haben, muss bis zum Jahresende mit einer Planüberschreitung von **500.000 EUR** gerechnet werden.

Den Mehraufwendungen stehen zum Jahresende Mindererträge von ca. **300.000 EUR** gegenüber. Aktuelle Hochrechnungen lassen zwar zum Jahresende einen leichten Mehrertrag vermuten, allerdings müssen bis zum Jahresende noch etliche Erträge zu Gunsten der Grundsicherung umgebucht werden.

Im Bereich der Hilfe zur Pflege entsteht somit zum Jahresende voraussichtlich eine **Verschlechterung** von **800.000 EUR**.

**2. Produkt 31 10 02 Eingliederungshilfe**

Der Planansatz für die Aufwendungen der Leistungen der Eingliederungshilfe beträgt für das Jahr 2013 63.992.000 EUR. Aktuelle Hochrechnungen lassen zwar bis zum Jahresende auf eine hohe Planunterschreitung schließen, jedoch müssen hier auch noch hohe Zahlungen an die Diakonie und Paulinenpflege mit einkalkuliert werden. Diese werden nachschüssig ausbezahlt. Deshalb wird bis zum Jahresende mit Mehraufwendungen von rund **300.000 EUR** gerechnet.

Auf der Ertragsseite wird zum Jahresende mit einem Fehlbetrag von **2.600.000 EUR** gerechnet. Derzeitige Hochrechnungen lassen im Moment zwar Mehrerträge vermuten, jedoch fallen auch im Bereich der Eingliederungshilfe, wie auch bei der Hilfe zur Pflege, noch Umbuchungen zu Gunsten der Grundsicherung an. In der Eingliederungshilfe muss hier fürs ganze Jahr mit einem Betrag von ca. 3 Mio. EUR gerechnet werden.

Im Bereich der Eingliederungshilfe wird demnach mit einer **Verschlechterung** von **2.900.000 EUR** gerechnet.

**3. Produkt 31 10 03 Hilfe zur Gesundheit**

Die eingeplanten Aufwendungen von 1.266.000 EUR für die Hilfe zur Gesundheit wurden im ersten Halbjahr erheblich überschritten. Dies liegt an den stark gestiegenen Fallzahlen im Bereich Asyl. Zum Jahresende wird deshalb mit einer Planüberschreitung von **700.000 EUR** gerechnet.

Auf der Ertragsseite wird zum Jahresende keine wesentliche Über- oder Unterschreitung erwartet.

Im Bereich der Hilfe zur Gesundheit wird insgesamt mit **Mehraufwendungen von 700.000 EUR** gerechnet.

#### **4. Produkt 31 10 05 Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**

Für die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden für das Haushaltsjahr 2013 insgesamt 22.432.000 EUR eingeplant. Entsprechend den vorläufigen Ergebnissen der Hochrechnung werden die Aufwendungen den Planansatz um rund **1.500.000 EUR** übersteigen.

Auf der Ertragsseite ist eine Überschreitung von **4.100.000 EUR** zu erwarten. Diese resultiert aus den unter Ziffer 1 und 2 beschriebenen Umbuchungen sowie aus einer höheren Bundeserstattung aufgrund höherer Aufwendungen.

Für die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist aufgrund der gemachten Ausführungen mit einer **Verbesserung von 2.600.000 EUR** zu rechnen.

#### **5. Produkt 31 20 01 Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen getragen. Den größten Anteil am kommunalen Aufwand stellen die Kosten der Unterkunft und Heizung mit einem Planansatz von 43.847.000 EUR für das Haushaltsjahr 2013 dar. Es wurde mit 9.352 Bedarfsgemeinschaften geplant, diese sind jedoch entgegen der damaligen Prognose nicht so stark angestiegen wie angenommen, sondern waren zwischenzeitlich sogar rückläufig. Deshalb kann bis zum Jahresende mit Minderaufwendungen von rund **2.000.000 EUR** gerechnet werden.

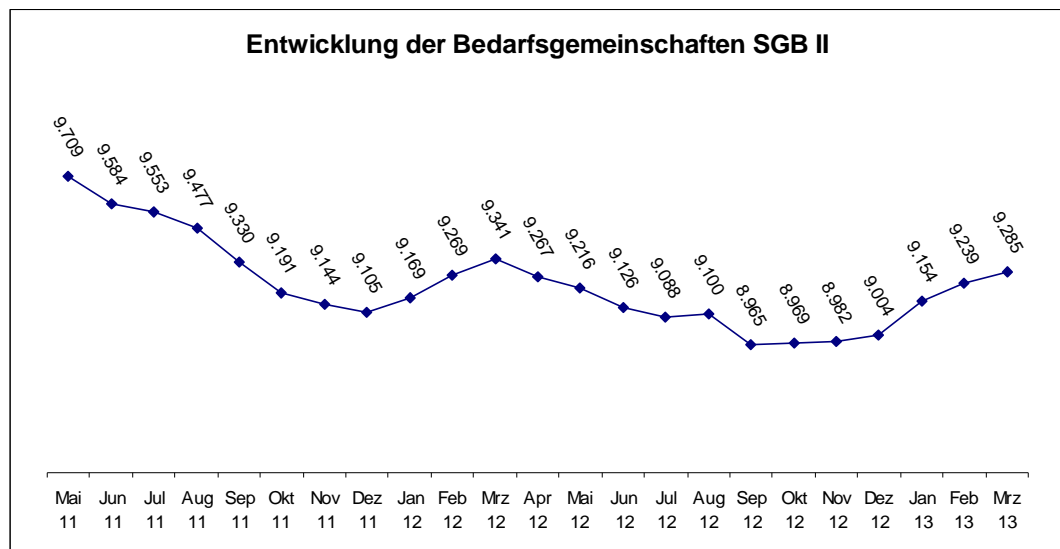
Von den tatsächlichen Aufwendungen der Kosten der Unterkunft sowie der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sollte der Landkreis zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 39,8 % vom Bund erstattet bekommen. Für die Kosten der Unterkunft inklusive Warmwasseraufbereitung wurden 30,4 % festgelegt, die restlichen 9,4 % sollen die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets finanzieren. Hierin enthalten sind auch Erstattungen für Verwaltungs- und Personalkosten. Zwischenzeitlich wurde festgestellt, dass die Gelder für das Bildungs- und Teilhabepaket nicht voll ausgeschöpft wurden und so hat der Bund von seinem Revisionsrecht Gebrauch gemacht und die Quote auf 38,1 % reduziert. Dies bedeutet gegenüber dem Planansatz Mindererträge von **1.500.000 EUR**. Zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses 2012 war noch nicht klar, ob die Minderausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket für das Jahr 2012 in 2013 zurückgezahlt werden müssen. Deshalb hatte der Rems-Murr-Kreis eine Rückstellung in Höhe von rund **800.000 EUR** gebildet. Da nun jedoch beschlossen wurde, dass für 2012 kein Ausgleich erfolgen muss, kann diese Rückstellung aufgelöst werden. Des Weiteren fiel auch noch die Wohngeldentlastung unerwartet hoch aus. Anstatt **1.845.000 EUR** konnten rund **2.200.000 EUR** mehr verbucht werden. Auf der Ertragsseite kann aufgrund der gemachten Ausführungen bis zum Jahresende mit einer Planüberschreitung von rund **1.500.000 EUR** gerechnet werden.

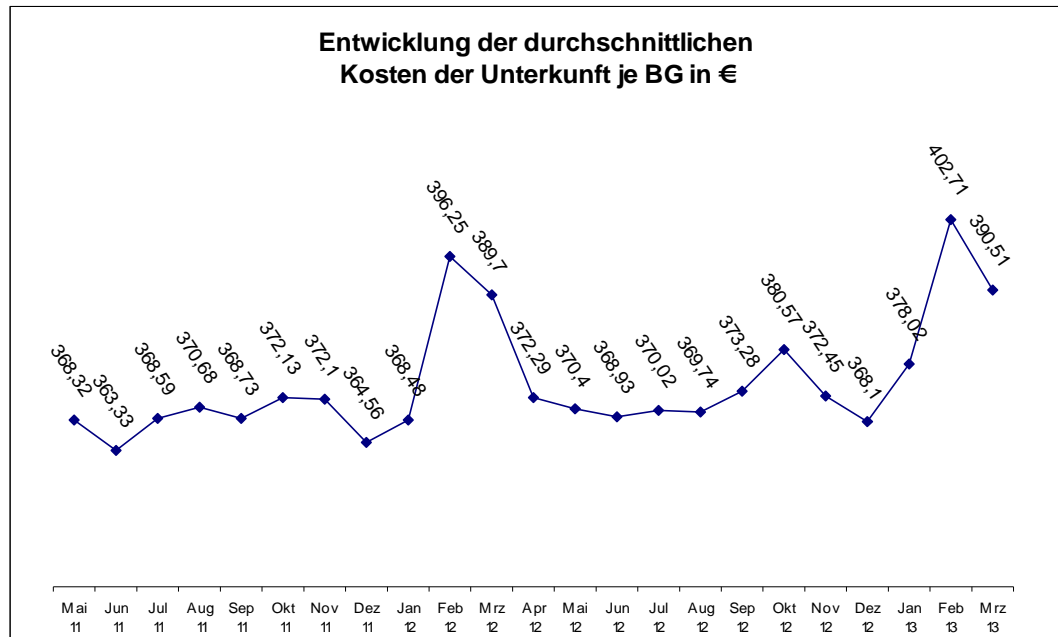
Zusammengefasst kann beim oben genannten Produkt mit einer **Verbesserung**

von **3.500.000 EUR** gerechnet werden.

### Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und Kosten der Unterkunft

Monat	BG	Personen	Kosten der Unterkunft + Heizung je BG/ EUR
Mai 11	9.709	18.281	368,32
Juni 11	9.584	17.985	363,33
Juli 11	9.553	17.941	368,59
August 11	9.477	17.782	370,68
September 11	9.330	17.510	368,73
Oktober 11	9.191	17.223	372,13
November 11	9.144	17.074	372,10
Dezember 11	9.105	16.971	364,56
Januar 12	9.169	17.073	368,48
Februar 12	9.269	17.347	396,25
März 12	9.341	17.429	389,70
April 12	9.267	17.246	372,29
Mai 12	9.216	17.184	370,40
Juni 12	9.126	16.943	368,93
Juli 12	9.088	16.794	370,02
August 12	9.100	16.812	369,74
September 12	8.965	16.535	373,28
Oktober 12	8.969	16.533	380,57
November 12	8.982	16.563	372,45
Dezember 12	9.004	16.575	368,10
Januar 13	9.154	16.837	378,02
Februar 13	9.239	17.052	402,71
März 13	9.285	17.087	390,51





### Soziallastenausgleich nach § 21 FAG

Da sich die Systematik der Einbeziehung der für das Bildungs- und Teilhabepaket erhaltenen Erstattungen in die Bemessungsgrundlage für den Sozialhilfelastenausgleich nach § 21 FAG seit der Erstellung der Planansätze geändert hat, ist hier mit Mindererträgen von 100.000 € zu rechnen, die sich auf die Produkte 31.10.01; 31.20.01 und 31.30.01 erstrecken

### Gesamtübersicht

Produkt	Aufwandsüber-/ -unterschreitung	Ertragsüber-/ -unterschreitung	Zuschussbedarf
31 10 01	+500.000 EUR	-300.000 EUR	+800.000 EUR
31 10 02	+300.000 EUR	-2.600.000 EUR	+2.900.000 EUR
31 10 03	+700.000 EUR	0 EUR	+700.000 EUR
31 10 05	+1.500.000 EUR	+4.100.000 EUR	-2.600.000 EUR
31 20 01	-2.000.000 EUR	+1.500.000 EUR	-3.500.000 EUR
Sozialhilfe- lastenausgleich	0 EUR	-100.000 EUR	+ 100.000 EUR
<b>Gesamt</b>	<b>+1.000.000 EUR</b>	<b>+2.600.000 EUR</b>	<b>-1.600.000 EUR</b>

Im Geschäftsbereich 50 wird für das Jahr 2013 mit **einer Planunterschreitung** von rund **1.600.000 EUR** gerechnet. Auf die Produkte 31 10 00, 31 10 06, 31 10 07, 31 10 08, 31 20 00, 31 20 02, 31 20 03 und 31 60 01 wurde hierbei nicht einzeln eingegangen, da keine wesentlichen Über- oder Unterschreitungen zu erwarten sind.

### **Geschäftsbereich Besondere Soziale Hilfen**

#### **a) Ergebnishaushalt**

#### **1. Produkt 31 30 01 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

Für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde für das Haushaltsjahr 2013 ein Planansatz von 3.361.500 € für Aufwendungen eingestellt.



Aufgrund der stetig wachsenden Fallzahlen muss bis zum Jahresende mit Mehraufwendungen von **1.000.000 EUR** gerechnet werden.

Für Erträge wurden 1.256.300 EUR eingeplant. Die steigenden Fallzahlen seit 2012 bringen auch höhere Landeserstattungen mit sich. Deshalb wird bis zum Jahresende mit einer Planüberschreitung von **500.000 EUR** gerechnet.

Insgesamt entsteht im Bereich Asyl eine **Verschlechterung** von **500.000 EUR**.

## **2. Produkt 31 40 01 Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen**

Für die Verwaltung und den Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen wurden im Haushaltsjahr 2013 1.001.000 EUR für Mieten bereitgestellt. Die Buchungen in der ersten Jahreshälfte lassen zum Jahresende auf eine Unterschreitung des Planansatzes von ca. **500.000 EUR** schließen.

Auf der Ertragsseite wurden 1.578.000 EUR für Erstattungen vom Land eingeplant. Derzeit konnten schon über 1.100.000 EUR verbucht werden, womit zum Jahresende von ca. **600.000 EUR** Mehrerträgen ausgegangen werden kann.

Zusammengefasst kann bei diesem Produkt mit einer **Verbesserung** von **1.100.000 EUR** gerechnet werden.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 ging man davon aus, dass die Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen in Winnenden deutlich erhöht werden können. Diese Maßnahme hat sich jedoch verzögert.

## **3. Produkt 31 50 01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**

Für die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz wurden 1.547.600 EUR für Aufwendungen eingeplant. Der Planansatz kann voraussichtlich eingehalten werden.

Auf der Ertragsseite konnten in der ersten Jahreshälfte weniger Erträge als eingeplant verbucht werden, so dass bis zum Jahresende mit **Mindererträgen** von **200.000 EUR** gerechnet werden muss.

Somit wird im Bereich der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz insgesamt mit **Mindererträgen** von **200.000 EUR** gerechnet.

### **Zusammenfassung**

<b>Produkt</b>	<b>Aufwandsüber/ -unterschreitung</b>	<b>Ertragsüber/ -unterschreitung</b>	<b>Zuschussbedarf</b>
31 30 01	+1.000.000 EUR	+500.000 EUR	+500.000 EUR
31 40 01	-500.000 EUR	+600.000 EUR	-1.100.000 EUR
31 50 01	0 EUR	-200.000 EUR	+200.000 EUR
<b>Gesamt</b>	<b>+500.000 EUR</b>	<b>+900.000 EUR</b>	<b>-400.000 EUR</b>

Im Geschäftsbereich 55 wird für das Jahr 2013 mit einer **Planunterschreitung** von **400.000 EUR** gerechnet. Zum jetzigen Zeitpunkt und den erfolgten Hochrechnungen gibt es keine Anzeichen, dass weitere Planansätze als unter Ziffer 1 bis 3 benannt zum Jahresende wesentlich über- oder unterschritten werden. Deshalb wurde auf die Produkte 31 10 04, 31 70 01, 31 80 01, 31 80 04 und 31 80 05 nicht einzeln eingegangen.

## **Geschäftsbereich Jugend**

### **a) Ergebnishaushalt**

#### **1. Produkt 36.50.07.02.00 Tagespflege:**

Zum 01.01.2009 trat das Gesetz KiföG in Kraft, welches im Rems-Murr-Kreis zum 01.07.2009 umgesetzt wurde. Die Tagespflegeperson erhält seit Januar 2010 pro Stunde 5,50 € (bis 31.12.2009 3,90 €/Stunde) vom Kreisjugendamt bezahlt. Auch wird die Tagespflege als erweiterte Hilfe und nicht mehr als ergänzende Hilfe geleistet. Dies bedeutet einen **erheblichen Mehrbedarf an finanziellen Mitteln**. Es sind stark ansteigende Fallzahlen seit 01.07.2009 zu verzeichnen, da sämtliche Tagespflegeverhältnisse, auch die bisherigen privaten Tagespflegeverhältnisse, vom Kreisjugendamt abzuwickeln sind. Seit 01.07.2009 muss zudem vom Kreisjugendamt an die Tagespflegeperson ein Zuschuss für die Krankenversicherung, private Altersvorsorge und Unfallversicherung geleistet werden. Auch in 2013 wird das Angebot der Tagespflege in hohem Maße angenommen, was sowohl an den Fallzahlen als auch an der Höhe der Ausgaben zu erkennen ist. Ab 01.08.2013 findet ein weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung statt, was sich aller Voraussicht nach auch in der Tagespflege widerspiegeln wird.

#### **2. Produkt 36 30 03 01 10 Ambulante Erziehungshilfe + 36 30 03 01 40 Erziehungsbeistandschaften + 36 30 03 01 50 Sozialpädagogische Familienhilfe:**

Zentraler Inhalt des Konzepts Umbau der Jugendhilfe ist die verstärkte Investition in ambulante Hilfen mit dem Ziel, dem weiteren Anstieg stationärer Hilfen entgegenzuwirken. Der Ausbau der ambulanten Hilfen wird auch in 2013 aktiv voran vorangetrieben, so dass **die Aufwendungen bei diesen Hilfen auch in 2013 steigen werden**.

#### **Produkt 36.30.03.01.84 Heimerziehung:**

Die Fallzahlen haben sich nach einem leichten Auf und Ab seit Jahren auf knapp 165 eingependelt.

Eine insgesamt leichte Steigerung lässt sich vor allem durch die neue Gesetzgebung im Rahmen des Kinderschutzes erklären. Durch eine Steigerung der ambulanten Hilfen konnte ein drastischerer Anstieg aber verhindert werden. Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftskrise könnten auch dazu führen, dass die Fallzahlen entgegen dem derzeitigen Trend steigen. Die Problematik untergebracht werdender Kinder wird immer umfassender und bedarf oft noch individuelle weitergehende Hilfen; dies lässt auch eine Kostensteigerung erwarten.

Wir haben das Ziel, die eingetretene Konsolidierung fortzusetzen.

Maßnahmen dafür sind regelmäßige Reflexionsgespräche auf Leistungsebene, mit den Jugendhilfeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis zur Qualität und Standardklärung und regelmäßige Hilfeplangespräche in den Einzelfällen.

### Zusammenfassung

Diese aufgeführten Mehraufwendungen können jedoch durch Mehrerträge in anderen Bereichen kompensiert werden, sodass keine Veränderungen gegenüber den Planansätzen zu erwarten sind.

9

### Finanzwirtschaft

#### a) Ergebnishaushalt

##### Grunderwerbssteuer

Sofern sich der Trend bei der Grunderwerbssteuer fortsetzt, scheinen für 2013 **Mehrerträge** in Höhe von **900.000 €** möglich.

##### Zinsaufwendungen

Dadurch, dass die verbesserten Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre überwiegend zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt werden konnten, sind **Wenigeraufwendungen** in Höhe von **370.000 €** zu erwarten.

1 – 8

### Personalaufwendungen

Bei den Gesamtpersonalkosten wird das Haushaltsergebnis besser als der Planansatz ausfallen.

Bereinigt um die spitzabgerechneten Bereiche, bei denen Wenigeraufwendungen auch Wenigererträge gegenüber stehen, bleibt das Ergebnis nach derzeitigen Hochrechnungen rund 800.000 € unter dem Planansatz.